



Geschäftsführung Rat

Frau Kramp

Telefon: (0221) 221-22061

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: petra.kramp@stadt-koeln.de

Datum: 18.12.2012

Niederschrift

über die **39. Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem **18.12.2012**, 14:12 Uhr bis 20:31 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder

Albach, Rolf Dr.; Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Bosbach, Wolfgang; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Görzel, Volker; Granitzka, Winrich; Halberstadt-Kausch, Inge; Heinen, Ralf Dr.; Helling, Ossi Werner; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kienitz, Niklas; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Köhler, Andreas; Koke, Klaus; Kretschmer, Karsten; Kron, Peter; Laufenberg, Sylvia; Ludwig, Claus; Manderla, Gisela; Marx, Werner; Möller, Monika; Möller von, Sandra Dr.; Möring, Karsten; Moritz, Barbara; Mucuk, Gonca; Müller, Sabine Dr.; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Peil, Stefan; Philippi, Franz; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schiele, Karel; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schlitt, Gabriele; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schultes, Monika; Schulz, Walter Dr.; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Uckermann, Jörg; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; Waddey, Manfred; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Wiener, Markus; Wolf, Manfred Bürgermeister; Wolter, Andreas; Wolter, Judith; Zimmermann, Michael; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister

Homann, Mike

Verwaltung

Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Quander, Georg Beigeordneter Prof.; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin

Frau Kramp

Stenographen

Herr Becker;
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Hoffmann, Klaus; Senol, Sengül

Bezirksbürgermeisterin

Blömer-Frerker, Helga; Wittsack-Junge, Cornelia

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas; Wirges, Josef; Schößler, Bernd; Stadoll, Willi; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

I. Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters bestellt der Rat Frau Petra-Maria Müller einstimmig zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin der restlichen Wahlperiode des Rates 2009 bis 2014.

II. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn Philippi, Herrn Möring und Frau Laufenberg vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

III. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass zur Sitzung zwei Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde fristgerecht vorgelegt worden seien. Es handelt sich um die Punkte:

2.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Machbarkeitsstudie zur Fusion der Opernhäuser Köln und Bonn - Alleingang des Oberbürgermeisters ohne Kenntnis des Rates der Stadt Köln und seiner Gremien"
AN/2016/2012

und

2.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Durchführung einer Ak-

tuellen Stunde zum Thema "Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Verkehrsknoten Köln"
AN/2021/2012

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine aktuelle Stunde pro Sitzung vorsehe. Bei mehreren Anträgen bestehe nach § 5 Absatz 5 die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen. Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters erklären die Antragsteller, dass eine diesbezügliche Einigung nicht erzielt werden konnte.

Der Rat lehnt die Durchführung von zwei aktuellen Stunden, wie dies gemäß § 5 Absatz 4 Satz 2 der Geschäftsordnung grundsätzlich möglich wäre, mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion ab.

Der Rat lehnt es mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln ab, das Thema der FDP-Fraktion betreffend "Machbarkeitsstudie zur Fusion der Opernhäuser Köln und Bonn - Alleingang des Oberbürgermeisters ohne Kenntnis des Rates der Stadt Köln und seiner Gremien", in der heutigen Sitzung als aktuelle Stunde zu behandeln.

Der Rat beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke., das Thema "Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema "Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Verkehrsknoten Köln", in der heutigen aktuellen Stunde zu behandeln.

- IV. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen

- 5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 5.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Nicht verausgabte Mittel des Bildungs- und Teilhabepaketes"
AN/2015/2012
- 9 Überplanmäßige Aufwendungen
- 9.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig - für das Haushaltsjahr 2012
4417/2012
- 11 Allgemeine Vorlagen

- 11.33 Energetische Sanierung und Erweiterung der Kita Kalk-Mülheimer Str.
216, Köln-Kalk
Baubeschluss
3504/2012
- 11.34 Wertgrenzen für öffentliche Aufträge 2013 - Übergangsregelung - TVgG
- Binnenmarktrelevanz
4566/2012
- 18 Wahlen
- 18.6 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Namentliche Benennung eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
AN/1967/2012
- 18.7 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines Mitglieds mit beratender Stimme für den Verkehrsausschuss
AN/1981/2012
- 18.8 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Wahl eines Sachkundigen Bürgers in den Ausschuss für Soziales und Senioren
AN/2017/2012
- 18.9 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Wahl eines Mitglieds für die RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf/Wissenschaft
AN/2023/2012
- 18.10 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Namentliche Benennung eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
AN/2024/2012
- 24 Allgemeine Vorlagen
- 24.11 Butzweilerhof Grundbesitz GmbH & Co. KG
hier: Gewährung eines Gesellschafterdarlehens
4476/2012
- 24.12 BioCampus Cologne Grundbesitz GmbH & Co. KG: Gesellschafterdarlehen
4511/2012
- 24.13 Öffentliche Ausschreibung der Weihnachtsmärkte auf dem Neumarkt und auf dem Alter Markt/Heumarkt (auf dem Heumarkt mit integrierter Eislaufbahn) im Zeitraum 2013 - 2017
4552/2012

- 26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 26.2 Geschäftsprozessoptimierung -Einführung von SAP ESS ("Personal-Kiosk" inklusive Automatisierter Zeiterfassung [AZE])
4475/2012

Absetzungen

- 11 Allgemeine Vorlagen
 - 11.7 Stadtwerke Köln GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrags
3799/2012
 - 11.18 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache Köln Chorweiler
hier: Baubeschluss
3801/2012
 - 11.19 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud
der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013
4198/2012
 - 23 Grundstücksangelegenheiten
 - 23.4 Verkauf einer Teilfläche des Grundstücks Schillingsrotter Str. 36 in Köln-Rodenkirchen
4308/2012
- V. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass zur Sitzung zwei Dringlichkeitsanträge vorgelegt worden seien.

Es handelt sich um TOP

- 4.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Besetzungsverfahren Dezernat VII - Kunst und Kultur"
AN/1966/2012
- Änderungsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)
AN/2028/2012

Der Rat stimmt der Aufnahme in die Tagesordnung einvernehmlich zu.

Des weiteren um TOP

4.1.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Resolution zum europäischen Richtlinienentwurf über die Konzessionsvergabe"
AN/2029/2012

Auch hier stimmte der Rat der Aufnahme in die Tagesordnung einvernehmlich zu.

VI. Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Reihenfolge der Tagesordnung wie folgt zu ändern:

Wegen ihres Sachzusammenhangs sollen folgende Punkte gemeinsam behandelt werden:

4.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Wiederwahl des Beigeordneten für Kunst und Kultur"
AN/1949/2012

und

4.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Besetzungsverfahren Dezernat VII - Kunst und Kultur"
AN/1966/2012

Änderungsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)
AN/2028/2012

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

VII. Ratsmitglied Granitzka bittet die Behandlung folgender Punkte zu vertagen, da hier noch Beratungsbedarf bestehe:

7.2.3 Änderung der Entgeltordnung für die Benutzung der Verkehrsflächen des Großmarktes Raderberg mit Kraftfahrzeugen
3121/2012

und

24.7 Butzweilerhof Grundbesitz GmbH & Co. KG
4382/2012

Nach einer kurzen Begründung der zuständigen Beigeordneten Frau Berg, lehnt der Rat die Vertagung von Punkt 7.2.3 mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion ab.

Bezüglich TOP 24.7 beschließt der Rat einstimmig, die Angelegenheit zu vertagen.

VIII. Ratsmitglied Frank beantragt TOP

- 18.4 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
hier: Nachbenennung von zwei Abgeordneten der Stadt Köln
4430/2012

wegen Beratungsbedarfs ebenfalls zu vertagen

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

IX. Im Übrigen legt der Rat die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin für den Rat
4283/2012

A) Haushaltsangelegenheiten

- 1.1 Einbringung des Entwurfs des Doppelhaushaltes für die Haushaltsjahre 2013
und 2014
4515/2012
- 1.2 Haushaltsplan-Entwurf Doppelhaushalt 2013/2014
Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO
NRW
3754/2012

B) Allgemeiner Teil

- 2 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäfts-
ordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 2.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend
"Machbarkeitsstudie zur Fusion der Opernhäuser Köln und Bonn - Alleingang
des Oberbürgermeisters ohne Kenntnis des Rates der Stadt Köln und seiner
Gremien"
AN/2016/2012
(Diese Angelegenheit wird nicht behandelt)

- 2.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema "Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Verkehrsknoten Köln"
AN/2021/2012

- 3 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

- 3.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung eines Werkes der Künstlerin Klara Lidén
4083/2012

- 3.2 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung eines zweiteiligen Werkes des Künstlers Tony Matelli
4085/2012

- 4 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

- 4.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 4.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets der Bundesregierung"
AN/1947/2012

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/2030/2012

- 4.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Keine Preiserhöhung bei der KVB"
AN/1925/2012

- 4.1.3 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Kölner Richtlinie für ein kooperatives Baulandmodell"
AN/1948/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/2014/2012

- 4.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Wiederwahl des Beigeordneten für Kunst und Kultur"
AN/1949/2012

- 4.1.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Resolution für unabhängigere Oberbürgermeister"
AN/1891/2012

4.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Keine neuen Asylantenheime in Köln"
AN/1956/2012

4.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
und der FDP-Fraktion betreffend "Besetzungsverfahren Dezernat VII - Kunst
und Kultur"
AN/1966/2012

Änderungsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)
AN/2028/2012

4.1.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bünd-
nis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Resolution zum europäi-
schen Richtlinienentwurf über die Konzessionsvergabe"
AN/2029/2012

4.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5
der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertre-
tungen

5.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Gründung eines Konsortiums zur
Erwerbung von 1.199 Wohnungen in Köln-Chorweiler"
AN/1847/2012

Antwort der Verwaltung vom 03.12.2012
4341/2012

5.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Steigende Zahl der Asylbewerber –
Folgen für die Stadt Köln"
AN/1848/2012

Antwort der Verwaltung vom 18.12.2012
4473/2012

5.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Nicht verausgabte Mittel des Bil-
dungs- und Teilhabepaketes"
AN/2015/2012

Antwort der Verwaltung vom 18.12.2012
4603/2012

- 6 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen
 - 6.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 6.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 6.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 6.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 6.4.1 Antrag des Integrationsrates zu den geplanten Kürzung der Finanzmittel im Bereich Integration
4419/2012
 - 6.4.2 Resolution: Der Rat der Stadt Köln fordert ein deutliches Signal der Bundesregierung:
4436/2012
- 7 Ortsrecht
 - 7.1 Satzungen
 - 7.1.1 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Köln
3732/2012
 - 7.1.2 3. Satzung zur Änderung der rückwirkenden Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten
3778/2012
 - 7.1.3 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 23. September 2010
4301/2012
 - 7.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches
 - 7.2.1 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -)
4218/2012

- 7.2.2 Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -) 3999/2012
- 7.2.3 Änderung der Entgeltordnung für die Benutzung der Verkehrsflächen des Großmarktes Raderberg mit Kraftfahrzeugen 3121/2012
- 7.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen
 - 7.3.1 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln 2816/2012
- 7.4 Sonstige städtische Regelungen
- 8 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2012 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2012 4509/2012
- 9 Überplanmäßige Aufwendungen
 - 9.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig - für das Haushaltsjahr 2012 4417/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion AN/2032/2012
- 10 Außerplanmäßige Aufwendungen
- 11 Allgemeine Vorlagen
 - 11.1 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet Nr. 399 in Köln-Poll 2516/2012
 - 11.2 Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an der Eichendorff-Realschule, Dechenstraße 1, 50825 Köln (Neuehrenfeld) hier: Änderungsbeschluss zum Ratsbeschluss vom 20.12.2011 2952/2012

- 11.3 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2013- 31.12.2014
3223/2012
- 11.4 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe
Mitteilung über eine Kostenerhöhung für die Verschiebung des Entrauchungsschachtes am Kurt-Hackenberg-Platz und Übernahme der Mehrkosten im Rahmen des § 7 des Nord-Süd Stadtbahnvertrages
3431/2012
- 11.5 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2013 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln - Versicherungszweig Freiwillige Versicherung -
3672/2012
- 11.6 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2013 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln - Versicherungszweig Pflichtversicherung -
3674/2012
- 11.7 Stadtwerke Köln GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrags
3799/2012
(zurückgezogen)
- 11.8 Sanierung und akustische Optimierung des Orchesterprobenzentrums Stolberger Straße inkl. Sanierung der Außenanlagenbeleuchtung und der Sanierung des Flachdaches über dem Probensaal
3835/2012
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ie Grünen und der FDP-Fraktion
AN/2031/2012
- 11.9 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2010 für die Bühnen der Stadt Köln
2920/2012
- 11.10 Baubeschluss für die Sanierung des Offenbachplatzes im Rahmen des Projektes Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz und Baubeschluss für die Umgestaltung der umliegenden Straßen
0321/2012
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/1894/2012
- Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1984/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/2006/2012

- 11.11 Neues Übergangssystem Schule - Beruf / Kommunale Koordinierung
4179/2012
- 11.12 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2011 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
3382/2012
- 11.13 BioCampus Cologne Grundbesitz GmbH & Co. KG: Betrauung
2842/2012
- 11.14 Sanierung der Zentralbibliothek der Stadtbibliothek Köln
3142/2012
- 11.15 Neubau- und Sanierungsprogramm der städtischen Sozialhäuser. Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012
hier: Neubau Buchholzstr. 14, 51061 Köln (Mülheim)
4203/2012
- 11.16 Neubau- und Sanierungsprogramm der städtischen Sozialhäuser. Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012
hier: Neubau Bonner Str. 413, 50968 Köln (Marienburg)
4230/2012
- 11.17 KölnMusik GmbH
hier: Rückerstattung von Zuschussüberzahlungen aus Vorjahren
4338/2012
- 11.18 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache Köln Chorweiler
hier: Baubeschluss
3801/2012
(zurückgezogen)
- 11.19 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013
4198/2012
(zurückgezogen)
- 11.20 Änderung des Gesellschaftsvertrages der GAG Servicegesellschaft mbh
4289/2012

- 11.21 Maßnahmen gegen Jugendkriminalität
1199/2012
- 11.22 Sanierung der städtischen Wohnhäuser Auf dem Ginsterberg 6-34, 50737
Köln (Weidenpesch) zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsver-
pflichtung für Flüchtlinge
0999/2012
- 11.23 Rheinboulevard - Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard
hier: Baubeschluss 2. Bauabschnitt/Ufertreppe
4191/2012
- 11.24 Förderung des Zentrums Magnet - Deutsch-Russisches Kultur- und Integrati-
onszentrum e.V. aus Restmitteln in 2012
3603/2012
- 11.25 Neubau eines Funktionalgebäudes am Schulzentrum Porz-Wahn, Albert-
Schweitzer-Str. / Nachtigallenstraße
Baubeschluss
3333/2012
- 11.26 Aufnahme dreier neuer Schulen in den Verbund Kölner Europäischer Grund-
schulen
3695/2012
- 11.27 Einführung des offenen Ganztags an der Grundschule Mommsenstr. 5-11
zum Schuljahr 2013/2014
3793/2012
- 11.28 Errichtung eines Wohnhauses in Systembauweise auf dem städtischen
Grundstück Potsdamer Str. 1a, 50859 Köln (Weiden)
3401/2012
- 11.29 Errichtung eines Wohnhauses in Systembauweise auf dem städtischen
Grundstück Kuckucksweg 10, 50997 Köln (Godorf).
3407/2012
- 11.30 VRS-SozialTicket: Köln-spezifischer Preis für das MonatsTicket
3729/2012
- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/2020/2012
- 11.31 Finanzierung der beiden autonomen Frauenhäuser des Vereines "Frauen hel-
fen Frauen e.V."
3796/2012

- 11.32 Beteiligung des Landschaftsverbandes Rheinland an Archäologischer Zone/Jüdischem Museum
4468/2012

- 11.33 Energetische Sanierung und Erweiterung der Kita Kalk-Mülheimer Str. 216, Köln-Kalk
Baubeschluss
3504/2012

- 11.34 Wertgrenzen für öffentliche Aufträge 2013 - Übergangsregelung - TVgG - Binnenmarktrelevanz
4566/2012

- 12 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

- 12.1 182. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 4, Köln-Ehrenfeld
Arbeitstitel: Widdersdorfer Straße in Köln-Ehrenfeld
hier: Feststellungsbeschluss
3450/2012

- 13 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

- 13.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7344/01
Arbeitstitel: "Stadtteilzentrum Ostheim" in Köln-Ostheim
3862/2012

- 13.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 69450/10
Arbeitstitel: "Deutzer Feld" in Köln-Kalk
3736/2012

- 13.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67458/07
Arbeitstitel: Brandenburger Straße Teilbereich A in Köln Altstadt/Nord
4163/2012

- 14 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

- 15 Erlass von Veränderungssperren

- 16 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

- 16.1 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse
Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung der

Domumgebung;
hier: Auftrag zur Entwurfsplanung - Planungsbeschluss
4201/2012

- 17 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen
- 18 Wahlen
 - 18.1 Neuwahl eines ordentlichen Mitgliedes als Vertreter der Stadt Köln in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebietes Stöckheimer Hof 4089/2012
 - 18.2 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl einer Sachkundigen Einwohnerin in den Jugendhilfeausschuss AN/1852/2012
 - 18.3 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 4368/2012
 - 18.4 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
hier: Nachbenennung von zwei Abgeordneten der Stadt Köln 4430/2012
(zurückgezogen)
 - 18.5 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl eines Mitglieds für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Köln AN/1937/2012
 - 18.6 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Namentliche Benennung eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden AN/1967/2012
 - 18.7 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines Mitglieds mit beratender Stimme für den Verkehrsausschuss AN/1981/2012
 - 18.8 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Wahl eines Sachkundigen Bürgers in den Ausschuss für Soziales und Senioren AN/2017/2012

- 18.9 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Wahl eines Mitglieds für die RheinEnergie Stiftung Ju-
gend/Beruf/Wissenschaft
AN/2023/2012
- 18.10 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Namentliche Benennung eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
AN/2024/2012
- 19 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3
der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 19.1 Delegiertenversammlung 2012 der Deutschen Sektion des Rates der Ge-
meinden und Regionen Europas (RGRE) am 20./21. November 2012 in Bonn
4192/2012

II. Nichtöffentlicher Teil

- 20 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften
- 21 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertre-
tungen
- 22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertre-
tungen
- 23 Grundstücksangelegenheiten
- 23.1 Rückübertragung von Grundstücken aus dem Sondervermögen der Gebäu-
dewirtschaft in das Allgemeine Liegenschaftsvermögen
2567/2012
- 23.2 Vorzeitige Erbbaurechtsverlängerung Gereonswall 110 in Köln-Altstadt-Nord
3653/2011/1
- 23.3 Erbbaurechtsbestellung Geestemünder Straße / Franz-Greiß-Straße
4161/2012
- 23.4 Verkauf einer Teilfläche des Grundstücks Schillingsrotter Str. 36 in Köln-
Rodenkirchen
4308/2012
(zurückgezogen)

- 24 Allgemeine Vorlagen
- 24.1 RheinEnergie AG
3931/2012
- 24.2 Bestellung zum Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes
4054/2012
- 24.3 Bestellung zum Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes
4102/2012
- 24.4 Bestellung zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes
4106/2012
- 24.5 Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln am 03.03.2009; Erweiterung
der selbständigen Beweisverfahren zur Schadensursache und zur Schadens-
höhe auf weitere potentielle Verursacher des Archiveinsturzes
4371/2012
- 24.6 RheinEnergie AG
4348/2012
- 24.7 Butzweilerhof Grundbesitz GmbH & Co. KG
4382/2012
(zurückgezogen)
- 24.8 RheinEnergie AG
4390/2012
- 24.9 RheinEnergie AG
4404/2012
- 24.10 RheinEnergie AG
4418/2012
- 24.11 Butzweilerhof Grundbesitz GmbH & Co. KG
4476/2012
- 24.12 BioCampus Cologne Grundbesitz GmbH & Co. KG: Gesellschafterdarlehen
4511/2012
- 24.13 Öffentliche Ausschreibung der Weihnachtsmärkte auf dem Neumarkt und auf
dem Alter Markt/Heumarkt (auf dem Heumarkt mit integrierter Eislaufbahn) im
Zeitraum 2013 - 2017
4552/2012

- 25 Wahlen
- 25.1 Wahl von Schiedspersonen
3848/2012
- 25.2 Wahl von Schiedspersonen
3851/2012
- 25.3 Wahl von Schiedspersonen
3852/2012
- 25.4 Wahl von Schiedspersonen
3853/2012
- 26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3
der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 26.1 Einsatz von Fondsmanagern für die Immobilienanlage bei der Zusatzversor-
gungskasse der Stadt Köln
4132/2012
- 26.2 Geschäftsprozessoptimierung -Einführung von SAP ESS ("Personal-Kiosk"
inklusive Automatisierter Zeiterfassung [AZE])
4475/2012

I. Öffentlicher Teil

Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin für den Rat 4283/2012

Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und als erster Punkt - vor Eintritt in die Tagesordnung – behandelt (siehe Ziffer I Seite 2).

A) Haushaltsangelegenheiten

1.1 Einbringung des Entwurfs des Doppelhaushaltes für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 4515/2012

Beschluss:

Der Rat nimmt den Entwurf der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 mit ihren Anlagen nach Grundsatzreden des Oberbürgermeisters und der Stadtkämmerin entgegen und verweist ihn zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.2 Haushaltsplan-Entwurf Doppelhaushalt 2013/2014 Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW 3754/2012

Beschluss:

Der Rat setzt die Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW, über deren Verwendung die Bezirksvertretungen alleine entscheiden wie folgt fest:

Für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 werden die Mittel auf jeweils 504.000 Euro festgesetzt.

Von diesen Beträgen entfallen auf den Stadtbezirk:

1 Innenstadt	60.400 €
2 Rodenkirchen	51.600 €
3 Lindenthal	65.100 €
4 Ehrenfeld	52.300 €
5 Nippes	55.400 €
6 Chorweiler	43.800 €
7 Porz	53.600 €
8 Kalk	55.300 €
9 Mülheim	66.500 €

je Haushaltsjahr. Im Zusammenhang mit dem Beratungsverfahren nach § 37 Abs 4 GO NRW entscheiden die Bezirksvertretungen über die Verwendung der Mittel. Die Zweckbestimmung muss hinreichend bestimmt sein. Pauschale Festlegungen sind nicht möglich.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

B) Allgemeiner Teil

2 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Machbarkeitsstudie zur Fusion der Opernhäuser Köln und Bonn - Alleingang des Oberbürgermeisters ohne Kenntnis des Rates der Stadt Köln und seiner Gremien" AN/2016/2012

Der Rat hat es vor Eintritt in die Tagesordnung abgelehnt, diese Angelegenheit im Rahmen einer aktuellen Stunde zu behandeln (siehe Ziffer III Seite 2 und 3).

2.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema "Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Verkehrsknoten Köln" AN/2021/2012

Beschlüsse:

I. Beschluss zu Ziffer 1 bis 5 des Resolutionstextes:

Resolution zur Aktuellen Stunde des Rates am 18.12.2012

Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Verkehrsknoten Köln.

Der Zustand der Brückenbauwerke von Bundesfernstraßen und der Schieneninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen ist in vielen Fällen besorgniserregend. Ursache für diesen Zustand ist eine seit vielen Jahren stattfindende Unterfinanzierung der Bundesfernstraßen und des Schienennetzes und damit einhergehend eine mangelnde Unterhaltung der Bauwerke. Die Situation erfordert umgehendes Handeln, damit die Verkehrsinfrastruktur wieder verkehrssicher und leistungsfähig wird. Dafür ist ein umfassendes Sanierungsprogramm in NRW aufzulegen, für das der Bund als Baulastträger und das Land als durchführende Planungsbehörde die notwendigen Mittel bereitstellen müssen.

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die kurzfristig von Bund und Land getroffenen Vereinbarungen zur Sanierung und Neubau der Leverkusener Autobahnbrücke. Mit großer Sorge sieht der Rat der Stadt Köln den weiteren großen Sanierungsbedarf bei der Eisenbahninfrastruktur und den Bundesfernstraßen im Großraum Köln. Deshalb fordert der Rat der Stadt Köln von den beteiligten Aufgabenträgern bei Bund, Land, NVR und der Bahn:

1. Die Planungen zum Neubau der Leverkusener Brücke zeitnah anzugehen und die Baumaßnahmen zügig durchzuführen. Die Stadt Köln wird dazu im Rahmen ihrer Verantwortung die bestmögliche Unterstützung leisten.
2. Ein Baustellenmanagement für die konkreten Erneuerungs- bzw. Ertüchtigungsphasen von Brückenbauwerken in Abstimmung mit den Kommunen durchzuführen und im Vorfeld jeweils Ausweichrouten für den Straßen- und Schienenverkehr zu gewährleisten und zu priorisieren.
3. Eine umgehende Sanierung der teils über 100 Jahre alten Eisenbahnbrücken in Köln, um den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur zu garantieren, damit der erheblichen Bedeutung des Knoten Kölns für die Wirtschaftsregion Rechnung getragen wird. Im Rahmen der Brückensanierung ist durch verschiedene kleinere Ausbaumaßnahmen eine Trennung des Güterfern- und Nahverkehrs zu realisieren, um weiterhin die europaweiten Ost-West- und Nord-Süd-Güterverkehre zu ermöglichen und ein Verkehrsfarkt zu vermeiden. Nur so kann eine Veränderung im Modal Split im Verkehrsaufkommen – insbesondere für den Güterverkehr – erreicht werden.
4. Gegenüber dem Bund die Interessen des Landes und der Gemeinden im Hinblick auf ein zukunftsfähiges und auskömmliches Finanzierungskonzept für die gesamte Verkehrsinfrastruktur in Deutschland einzubringen, welches auch Gewähr bietet, künftig mehr Güter auf Schienenwegen und Wasserstraßen zu transportieren.
5. Als erster Schritt ist eine kurzfristige Bereitstellung von Planungsmitteln für den Eisenbahnknoten Köln zur Kapazitätsausweitung im Schienengüter- und Personen-

verkehr erforderlich. Insbesondere für das Überwerfungsbauwerk/Brückenbauwerk in Hürth-Kalscheuren und den Ausbau der Nord-West-, der West- und der Süd-Westspanne im Knoten Köln (angemeldete BVWP-Maßnahmen) sowie der S11 mit dem Ausbau der S-Bahn-Stammstrecke (aufgenommene GVFG-Maßnahme). Die Verwaltung der Stadt Köln stellt dazu einen zentralen, ämterübergreifenden Ansprechpartner für die Beteiligten aus Bund, Land, NVR und der DB.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Beschluss zu Ziffer 6 des Resolutionstextes:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die kurzfristig von Bund und Land getroffenen Vereinbarungen zur Sanierung und Neubau der Leverkusener Autobahnbrücke. Mit großer Sorge sieht der Rat der Stadt Köln den weiteren großen Sanierungsbedarf bei der Eisenbahninfrastruktur und den Bundesfernstraßen im Großraum Köln. Deshalb fordert der Rat der Stadt Köln von den beteiligten Aufgabenträgern bei Bund, Land, NVR und der Bahn:

6. Sich für eine Ausweitung der LKW-Maut auf alle Fahrzeuge über 7,5 t auf allen Straßen der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen, deren Aufkommen zweckgerichtet zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur einzusetzen ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

III. Gesamtabstimmung:

Der Rat beschließt gemäß §5 Absatz 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, die Angelegenheit zur weiteren Bearbeitung und zur Weitergabe des nachfolgenden Resolutionstextes an die Verwaltung zu überweisen:

Resolution zur Aktuellen Stunde des Rates am 18.12.2012

Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Verkehrsknoten Köln.

Der Zustand der Brückenbauwerke von Bundesfernstraßen und der Schieneninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen ist in vielen Fällen besorgniserregend. Ursache für diesen Zustand ist eine seit vielen Jahren stattfindende Unterfinanzierung der Bundes-

fernstraßen und des Schienennetzes und damit einhergehend eine mangelnde Unterhaltung der Bauwerke. Die Situation erfordert umgehendes Handeln, damit die Verkehrsinfrastruktur wieder verkehrssicher und leistungsfähig wird. Dafür ist ein umfassendes Sanierungsprogramm in NRW aufzulegen, für das der Bund als Baulastträger und das Land als durchführende Planungsbehörde die notwendigen Mittel bereitstellen müssen.

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die kurzfristig von Bund und Land getroffenen Vereinbarungen zur Sanierung und Neubau der Leverkusener Autobahnbrücke. Mit großer Sorge sieht der Rat der Stadt Köln den weiteren großen Sanierungsbedarf bei der Eisenbahninfrastruktur und den Bundesfernstraßen im Großraum Köln. Deshalb fordert der Rat der Stadt Köln von den beteiligten Aufgabenträgern bei Bund, Land, NVR und der Bahn:

1. Die Planungen zum Neubau der Leverkusener Brücke zeitnah anzugehen und die Baumaßnahmen zügig durchzuführen. Die Stadt Köln wird dazu im Rahmen ihrer Verantwortung die bestmögliche Unterstützung leisten.
2. Ein Baustellenmanagement für die konkreten Erneuerungs- bzw. Ertüchtigungsphasen von Brückenbauwerken in Abstimmung mit den Kommunen durchzuführen und im Vorfeld jeweils Ausweichrouten für den Straßen- und Schienenverkehr zu gewährleisten und zu priorisieren.
3. Eine umgehende Sanierung der teils über 100 Jahre alten Eisenbahnbrücken in Köln, um den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur zu garantieren, damit der erheblichen Bedeutung des Knoten Kölns für die Wirtschaftsregion Rechnung getragen wird. Im Rahmen der Brückensanierung ist durch verschiedene kleinere Ausbaumaßnahmen eine Trennung des Güterfern- und Nahverkehrs zu realisieren, um weiterhin die europaweiten Ost-West- und Nord-Süd-Güterverkehre zu ermöglichen und ein Verkehrsfarkt zu vermeiden. Nur so kann eine Veränderung im Modal Split im Verkehrsaufkommen – insbesondere für den Güterverkehr – erreicht werden.
4. Gegenüber dem Bund die Interessen des Landes und der Gemeinden im Hinblick auf ein zukunftsfähiges und auskömmliches Finanzierungskonzept für die gesamte Verkehrsinfrastruktur in Deutschland einzubringen, welches auch Gewähr bietet, künftig mehr Güter auf Schienenwegen und Wasserstraßen zu transportieren.
5. Als erster Schritt ist eine kurzfristige Bereitstellung von Planungsmitteln für den Eisenbahnknoten Köln zur Kapazitätsausweitung im Schienengüter- und Personenverkehr erforderlich. Insbesondere für das Überwerfungsbauwerk/Brückenbauwerk in Hürth-Kalscheuren und den Ausbau der Nord-West-, der West- und der Süd-Westspange im Knoten Köln (angemeldete BVWP-Maßnahmen) sowie der S11 mit dem Ausbau der S-Bahn-Stammstrecke (aufgenommene GVFG-Maßnahme). Die Verwaltung der Stadt Köln stellt dazu einen zentralen, ämterübergreifenden Ansprechpartner für die Beteiligten aus Bund, Land, NVR und der DB.
6. Sich für eine Ausweitung der LKW-Maut auf alle Fahrzeuge über 7,5 t auf allen Straßen der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen, deren Aufkommen zweckgerichtet zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur einzusetzen ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Kirchmeyer beantragte Einzelabstimmung.

3 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

3.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Schenkung eines Werkes der Künstlerin Klara Lidén 4083/2012

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung des Werkes „Untitled (Bench)“, 2011 von Klara Lidén als Schenkung durch Klara Lidén an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.2 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Schenkung eines zweiteiligen Werkes des Künstlers Tony Matelli 4085/2012

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung des zweiteiligen Werkes „Abandon“ von Tony Matelli als Schenkung durch die Buchhandlung Walther König GmbH & Co.KG an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

4.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets der Bundesregierung"
AN/1947/2012

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/2030/2012

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

Der Beschluss wird um einen 3. Punkt ergänzt

- Darüber hinaus bittet der Rat die Landesregierung, sich gegenüber dem Bund auch dafür einzusetzen, die Mittel für alle übrigen Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket nicht zu deckeln, sondern sie den Kommunen im bisherigen Umfang aus-zuzahlen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) **abgelehnt**.

II. Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

Resolution:

- Der Rat der Stadt Köln appelliert an die Mitglieder des Deutschen Bundestages, die im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zum Bildungs- und Teilhabepaket beschlossene Bundesbeteiligung zur Refinanzierung von Schulsozialarbeit über 2013 hinaus fortzuführen.
- Weiterhin bittet der Rat die Landesregierung, sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass die gegenwärtige Befristung der Mittelbereitstellung aufgehoben wird und der Bund auch über den 31.12.2013 hinaus Finanzmittel bereitstellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Keine Preiserhöhung bei der KVB"
AN/1925/2012

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die vom Stadtrat entsandten Mitglieder in den Aufsichtsrat der KVB sich für eine Rücknahme der geplanten Preiserhöhungen im Jahr 2013 und 2014 einsetzen werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – **abgelehnt**.

4.1.3 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Kölner Richtlinie für ein kooperatives Baulandmodell"
AN/1948/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/2014/2012

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung bis 01.04.2013 ein auf die spezifische Kölner Situation bezogenes städtebauliches Vertragsmodell zu entwickeln, welches der Zielsetzung des Ratsantrages vom 30.11.2006 folgt sowie die räumliche Segregation differenziert berücksichtigt.
2. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, Bauwirtschaft, Investoren und Interessenverbände (z. B. IHK) weiterhin zu beteiligen und um Kooperationsbereitschaft für das kommunale Baulandmodell zu werben.
3. Nützliche Erfahrungen anderer Städte wie z. B. München, Hamburg und Stuttgart sind bei der Entwicklung einer Kölner Richtlinie in geeigneter Form auszuwerten und zu berücksichtigen.
4. Dabei ist darauf zu achten, dass die vorgenannten Planungen weder zu Mietsteigerungen im frei finanzierten Wohnungsbau, noch zu höheren Preisen für Eigentumswohnungen bzw. Einfamilienhäusern führen. Auch für Bürgerinnen und Bürger, die die Einkommensgrenzen für einen Wohnungsberechtigungsschein nicht erreichen, muss Wohnen in Köln attraktiv und leistbar bleiben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Anmerkung:

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben den Änderungsantrag mit einer modifizierten Einleitung übernommen.

**4.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Wiederwahl des Beigeordneten für Kunst und Kultur"
AN/1949/2012**

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Prof. Georg Quander erneut für die Dauer von acht Jahren zum Beigeordneten der Stadt Köln. Als Geschäftskreis wird ihm das Dezernat VII (Archäologische Zone, Kulturamt, Stadtbibliothek, Historisches Archiv, Museen der Stadt Köln, Bühnen der Stadt Köln, Orchester und Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege) übertragen.

Der Rat behält sich eine Änderung des Geschäftskreises vor.

Es werden Bezüge nach der Besoldungsgruppe B 8 Bundesbesoldungsordnung (BBO) gezahlt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion pro Köln bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. **abgelehnt.**

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit TOP

**4.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Besetzungsverfahren Dezernat VII - Kunst und Kultur"
AN/1966/2012**

Änderungsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)
AN/2028/2012

behandelt.

4.1.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Resolution für unabhängigere Oberbürgermeister"
AN/1891/2012

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Köln fordert den Landtag auf, wie folgt zu beschließen:

- Die Entkoppelung der Kommunalwahl von der Wahl der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters soll erhalten bleiben, da dadurch vermehrt auch unabhängigere Persönlichkeiten durch die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger an die Spitzen der Stadt Köln gewählt werden können.
- Die Wahlzeit der Hauptverwaltungsbeamten soll auf acht Jahre verlängert und insofern mit den Amtszeiten von Beigeordneten kompatibel gemacht werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

4.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Keine neuen Asylantenheime in Köln"
AN/1956/2012

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Köln lehnt den Bau weiterer Asylbewerberheime ab. Statt neuer Heime zu bauen, wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, inwieweit leerstehende Kasernen oder andere im öffentlichen Eigentum befindliche Liegenschaften zur kostengünstigen Sammelunterbringung von Asylbewerbern genutzt werden können. Zudem wird die Verwaltung angehalten, rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber schnellstmöglich abzuschieben, damit die vorhandenen Plätze für tatsächlich Asylberechtigte frei werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

4.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Besetzungsverfahren Dezernat VII - Kunst und Kultur"
AN/1966/2012

Änderungsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)
AN/2028/2012

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)

1. Der Bereich Kultur wird künftig von der Schuldezernentin mit geleitet. Die Stelle eines(r) Kulturdezernenten/in wird nicht mehr ausgeschrieben.
2. Die Aufgabenverteilung der Dezernate IV und V sind neu zu ordnen. So kann der Bereich Jugend kann durch das Dezernat V übernommen und verwaltet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **abgelehnt**.

II. Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis des aktuellen Zuschnitts des Dezernats VII – Kunst und Kultur - ein Profil für die Beigeordnetenstelle zu erstellen und unter Beachtung der vergaberechtlichen Bestimmungen ein geeignetes Personalberatungsunternehmen für das Besetzungsverfahren auszuwählen. Das Personalberatungsunternehmen ist mit der öffentlichen Ausschreibung gemäß §71 GO NRW sowie der Direktansprache von geeigneten Bewerberinnen bzw. Bewerbern, der Auswertung von Bewerbungsunterlagen, dem Einholen von Referenzen, der Führung von Auswahlgesprächen und der Darstellung der Ergebnisse zu beauftragen. Sofern dem Personalberatungsunternehmen neben der Direktansprache von Bewerberinnen bzw. Bewerbern weitere geeignete Sondierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, können und sollen diese auch genutzt werden.
2. Das Verfahren ist zeitlich so zu gestalten, dass eine Einstellung spätestens zum 01.06.2013 erfolgen kann. Der Hauptausschuss wird vorab darüber unterrichtet, welches Personalberatungsunternehmen mit dem Besetzungsverfahren beauftragt wird; er kann auf dieser Grundlage bei Bedarf über das weitere Verfahren entscheiden.
Dem Rat obliegt gemäß §41 GO NRW die Wahl der/des Beigeordneten.

3. Die Verwaltung wird gebeten, die für die Ausschreibung der Stelle zur Leitung des Kulturamtes erforderlichen Voraussetzungen – inklusive etwaiger organisatorischer Veränderungen – baldmöglichst zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion sowie mit der Stimme des Oberbürgermeisters bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit TOP

- 4.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Wiederwahl des Beigeordneten für Kunst und Kultur"
AN/1949/2012

behandelt.

- 4.1.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Resolution zum europäischen Richtlinienentwurf über die Konzessionsvergabe"
AN/2029/2012**

Beschluss:

RESOLUTION

ZUM EUROPÄISCHEN RICHTLINIENENTWURF ÜBER DIE KONZESSIONSVERGABE

KONTEXT

Köln ist eine der vielen deutschen Städte, die die Erbringung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge über ihre kommunalen Unternehmen erfüllt. Der Stadtwerke Köln Konzern bezeugt durch seine erfolgreiche Arbeit für Köln und die Kölner Region als ein besonderes Beispiel unter vielen den Erfolg dieses Modells.

Dieses erfolgreiche Modell könnte durch den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Konzessionsvergabe vom 20.12.2011 (KOM (2011) 897 endgültig) gefährdet sein. Derzeit werden im Binnenmarkt-Ausschuss des Europäischen Parlaments (IMCO) Kompromissvorschläge zu 991 Änderungsanträgen erarbeitet. Die Abstimmung im IMCO-Ausschuss soll in der Zeit vom 23. bis 24. Januar 2013 stattfinden. Parallel dazu berät der Europäische Rat den Richtlinienentwurf. Obwohl das endgültige Votum des Europaparlaments noch aussteht, ist davon auszugehen, dass der Kommissionsvorschlag mit Änderungen angenommen werden wird.

Bei Verwirklichung dieses Gesetzesvorhabens wären viele Dienstleistungen, die derzeit durch kommunale Unternehmen in Köln erbracht werden, ausschreibungspflichtig. Das könnte etwa die Wasserversorgung oder die Netzbetriebe der RheinEnergie AG, Hafenanlagen der HGK oder Flughafendienstleistungen betreffen. Eine Ausschreibungspflicht besteht insbesondere dann, wenn eine private Beteiligung vorliegt. Besondere Durchschlagskraft erhält der Richtlinienentwurf dadurch, dass die Kommunen zu Ausschreibungen dieser Dienstleistungen gezwungen werden könnten, weil sehr weitgehende Klagerechte Dritter bestehen. Würden kommunale Unternehmen wegen einer Ausschreibung das Recht zur Erbringung ihrer Dienstleistungen verlieren, bedeutete dies für die Stadt Köln den Verlust ihrer direkten Einwirkungsmöglichkeiten auf kommunale Infrastrukturdienstleister und auch erhebliche finanzielle Einbußen.

Durch diese Richtlinie würde das durch das kommunale Selbstverwaltungsrecht verfassungsrechtlich abgesicherte Wahlrecht der Kommunen, wie sie die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge auf ihrem Territorium organisieren wollen, eingeschränkt. Zudem würde sich das Verhältnis zwischen Kommune und Dienstleister stark verändern: Die Stadt könnte sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht mehr direkt ihrer eigenen Unternehmen bedienen, sondern wäre auf ein rein vertragliches Verhältnis reduziert.

In der Folge wäre die Stadt nicht mehr selbst Herrin des Verfahrens entsprechenden Zugriffs- und Mitwirkungsrechte, sondern sie wäre auf die Rolle als Auftraggeberin reduziert. Während der Vertragslaufzeit wäre sie auf die Kontrolle der Vertragserfüllung beschränkt. In allen Konfliktfällen würden wahrscheinlich häufig Gerichte bemüht. Hinzu kommt, dass durch eine Betrauung Dritter mit Infrastrukturaufgaben das Know-How der Stadt und ihrer kommunalen Unternehmen verloren geht.

Angesichts dieser Folgen legt die Stadt Köln Wert darauf, dass sie auch weiterhin, die im Rahmen des kommunalen Selbstverwaltungsrechts verfassungsrechtlich zustehende volle Wahlfreiheit bei der Organisation der städtischen Daseinsvorsorgeleistungen behält.

FORDERUNGEN

Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen der Gestaltungsspielräume bei der Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge durch öffentliche Unternehmen der Stadt Köln ist die Stadt Köln der Auffassung, dass der Richtlinie nur dann zugestimmt werden kann, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- 1) Die Richtlinie darf nicht in die Organisationsfreiheit der Kommunen in Bezug auf ihren Daseinsvorsorgeauftrag eingreifen, indem sie von kommunalen Unternehmen erbrachte Dienstleistungen ausschreibungspflichtig macht.
- 2) Die Richtlinie darf nicht zu einer erzwungenen Leistungserbringung von Daseinsvorsorgeleistungen durch Dritte führen.
- 3) Kommunale Unternehmen, die Daseinsvorsorgeleistungen erbringen, sind daher vom Geltungsbereich der Richtlinie auszunehmen, soweit die öffentliche Hand zu-

mindest die Mehrheit der Anteile an dem Unternehmen hält und einen dominanten Einfluss auf das Unternehmen ausüben kann.

- 4) Gleiches gilt für eine Kooperation zweier oder mehrerer Kommunen bei der gemeinsamen Erfüllung von Aufgaben der Daseinsvorsorge durch öffentliche Unternehmen.
- 5) Die Anwendbarkeit der Rechtsmittelrichtlinien darf nicht dazu führen, dass Kommunen sich ständig Vergabeüberprüfungen ausgesetzt sehen. Zur Schaffung von Rechtssicherheit sollten entweder die tatbestandlichen Voraussetzungen solcher Überprüfungen klarer geregelt und eingegrenzt oder auf die Anwendung der Rechtsmittelrichtlinien verzichtet werden.

Der Rat der Stadt Köln fordert alle politischen Instanzen dazu auf, ihren Einfluss in diesem Sinne bei der laufenden politischen Debatte zur Geltung zu bringen.

Insbesondere wird die Landesregierung NRW dazu aufgefordert, ihren Einfluss des Landes NRW im Bundesrat zu nutzen, um die Interessen der deutschen Kommunen und ihrer Stadtwerke in diesem europäischen Gesetzgebungsverfahren zur Geltung zu bringen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Anmerkung:

Ratsmitglied Judith Wolter verlässt die Sitzung nach diesem Punkt endgültig.

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Gründung eines Konsortiums zur Erwerbung von 1.199 Wohnungen in Köln-Chorweiler" AN/1847/2012

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

**5.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Steigende Zahl der Asylbewerber – Folgen für die Stadt Köln"
AN/1848/2012**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

**5.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Nicht verausgabte Mittel des Bildungs- und Teilhabepaketes"
AN/2015/2012**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

6 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

6.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

6.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**6.4.1 Antrag des Integrationsrates zu den geplanten Kürzung der Finanzmittel im Bereich Integration
4419/2012**

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Verweisungsantrag von Ratsmitglied Jung:

Der Rat beschließt, die Angelegenheit in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Empfehlung des Finanzausschusses aus seiner Sitzung am 17.12.2012:

Der Rat nimmt den Beschluss des Integrationsrates zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**6.4.2 Resolution: Der Rat der Stadt Köln fordert ein deutliches Signal der Bundesregierung:
4436/2012**

Beschluss gemäß Alternative:

Der Rat nimmt den Beschluss des Integrationsrates zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Anmerkungen:

- Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung.
- Ratsmitglied Gey verlässt die Sitzung nach diesem Punkt endgültig.

7 Ortsrecht

7.1 Satzungen

7.1.1 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Köln 3732/2012

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Köln in der in Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

7.1.2 3. Satzung zur Änderung der Rückwirkenden Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten 3778/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt die 3. Satzung zur Änderung der Rückwirkenden Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten im Gebiet der Stadt Köln vom 16.12.2005 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

7.1.3 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 23. September 2010 4301/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 23. September 2010 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie mit den Stimmen von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) und des Oberbürgermeisters zugestimmt.

7.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

7.2.1 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -) 4218/2012

Beschluss:

1. Der Rat nimmt die zur Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung -AbfGS-) erstellte Gebührenberechnung zustimmend zur Kenntnis (Anlagen 4 – 6).
2. Der Rat beschließt die Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung -AbfGS-) in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

7.2.2 Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -) 3999/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung –StrReinS-) in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

7.2.3 Änderung der Entgeltordnung für die Benutzung der Verkehrsflächen des Großmarktes Raderberg mit Kraftfahrzeugen 3121/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt die Änderung der Entgeltordnung für die Benutzung der Verkehrsflächen des Großmarktes Raderberg mit Kraftfahrzeugen in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

7.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

7.3.1 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln 2816/2012

Beschluss gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner Sitzung am 13.12.2012:

Der Rat nimmt den Inhalt der Anlage 1 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, den Landschaftsplan gemäß den unter den Ziffern 2.2 bis 2.7 aufgeführten Vorschlägen fortzuschreiben.

Der Rat beschließt, für die Harmonisierung des Landschaftsplans mit der Kölner Grünflächenordnung entsprechend der Ziffer 2.1 in Anlage 1

- gem. § 29 in Verbindung mit § 27 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (LG NRW) in der zur Zeit geltenden Fassung, die 11. Änderung des Landschaftsplans Köln einzuleiten,
- den Einleitungsbeschluss gem. § 27b LG NRW ortsüblich bekannt zu machen,
- die frühzeitige Beteiligung der Bürger gem. § 27b LG NRW in Form einer öffentlichen Darlegung und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 27a Abs. 1 LG NRW durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

8 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2012 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2012 4509/2012

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 01.11.2012 bis 07.12.2012 für das Haushaltsjahr 2012 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2012 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Alle folgenden Mehraufwendungen wirken sich in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. **410.000,00 EUR** in **Teilplan 0417** in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)
Deckung:
Wenigeraufwendungen i. H. v. 410.000,00 EUR in **Teilplan 0401** in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)
2. **230.000,00 EUR** in **Teilplan 0505** in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)
Die Deckung erfolgt durch Erstattungen in gleicher Höhe durch das Land.
Deckung:
Mehrertrag i. H. v. 230.000,00 EUR in **Teilplan 0505** in Zeile 06 (Kostenerstattungen und Umlagen)
3. **1.230,00 EUR** in **Teilplan 0507** in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen) sowie
4.000,00 EUR in **Teilplan 0507** in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)
Deckung:
Wenigeraufwendungen i. H. v. 5.230,00 EUR in **Teilplan 0416** in Zeile 15 (Transferaufwendungen)
4. **1.597,71 EUR** in **Teilplan 0507** in Zeile 11 (Personalaufwendungen) sowie
958,62 EUR in **Teilplan 0507** in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)
Deckung:
Wenigeraufwendungen i. H. v. 2.556,33 EUR in **Teilplan 0604** in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

9 Überplanmäßige Aufwendungen

9.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig - für das Haushaltsjahr 2012 4417/2012

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/2032/2012**

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, den in 2012 als überplanmäßigen Aufwand für das Museum Ludwig bereitgestellten Betrag in Höhe von 1.460.000 Euro im Finanzplanungszeitraum 2013 bis 2017 aus den von Dez. VII verantworteten Etatbereichen zu refinanzieren. Die Refinanzierungsvorschläge sind dem Kultur- und Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2013/2014 zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

II. Beschluss über die so geänderte Verwaltungsvorlage:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen im Sinne des § 83 GO NW in Höhe von 1.460.000 € im Teilplan 0402 – Museum Ludwig in den Teilplanzeilen 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) im Haushaltsjahr 2012.

Der überplanmäßige Aufwand wird durch Wenigeraufwendungen im Teilplan 0404 - Rautenstrauch-Joest-Museum in der Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) in entsprechender Höhe gedeckt.

Die Verwaltung wird beauftragt, den in 2012 als überplanmäßigen Aufwand für das Museum Ludwig bereitgestellten Betrag in Höhe von 1.460.000 Euro im Finanzplanungszeitraum 2013 bis 2017 aus den von Dez. VII verantworteten Etatbereichen zu refinanzieren. Die Refinanzierungsvorschläge sind dem Kultur- und Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2013/2014 zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

10 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

11 Allgemeine Vorlagen

11.1 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet Nr. 399 in Köln-Poll 2516/2012

Beschluss:

Der Rat ordnet die Umlegung gemäß § 46 Baugesetzbuch (BauGB) vom 20.07.2004, bekannt gemacht am 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), in der derzeit gültigen Fassung für das Gebiet des vom Rat der Stadt Köln am 28.06.2012 unter TOP 12.1 (Vorlage-Nr. 0998/2012) beschlossenen Bebauungsplanes Nr. 70420/02 (Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll) mit dem Umlegungsgebiet Nr. 399 an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11.2 Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an der Eichendorff- Realschule, Dechenstraße 1, 50825 Köln (Neuehrenfeld) hier: Änderungsbeschluss zum Ratsbeschluss vom 20.12.2011 2952/2012

Beschluss gemäß Empfehlungen des Ausschusses Schule und Weiterbildung aus seiner Sitzung am 29.10.2012 und des Jugendhilfeausschusses aus seiner Sitzung am 06.11.2012:

In Abänderung seines Beschlusses vom 20.12.2011 (DS 2715/2011) beschließt der Rat der Stadt Köln gem. § 81 Abs. 2 in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Schulgesetz NRW (SchulG) daher, dass der gebundene Ganztagsbetrieb an der Eichendorff-Realschule Dechenstraße nicht zum 01.08.2013 sondern zum 01.08.2015 beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 eingeführt wird. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Bezirksregierung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11.3 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2013- 31.12.2014 3223/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt, vorbehaltlich einer Förderung durch das Land NRW, die Fortführung der „Regionalagentur Region Köln“ unter der Trägerschaft der Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2013 bis 31.12.2014. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der ESF-kofinanzierten Landesarbeitspolitik sowie aus Eigenmitteln der beteiligten Kreise und der Stadt Köln.

Die entsprechenden Aufwendungen sind in den Teilplanzeilen 11, 13 und 16, die entsprechenden Erträge in den Teilplanzeilen 2 und 6 des Teilergebnisplanes 1501 - Wirtschaft und Tourismus - des Doppelhaushaltes 2013/2014 berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11.4 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe Mitteilung über eine Kostenerhöhung für die Verschiebung des Entrauchungsschachtes am Kurt-Hackenberg-Platz und Übernahme der Mehrkosten im Rahmen des § 7 des Nord-Süd Stadtbahnvertrages 3431/2012

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Mehrkosten in Höhe von rund 213.500 EUR für die Verschiebung des Entrauchungsschachtes am Kurt-Hackenberg-Platz zur Kenntnis.

Die Mehrkosten in Höhe von rund 213.500 EUR sind nach Abstimmung mit dem Zweckverband Nahverkehr Rheinland (NVR) und dem Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV NRW) aufgrund der Deckelung der Maßnahme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) nicht zuwendungsfähig.

Der Rat beschließt die Finanzierung der nichtzuwendungsfähigen Mehrkosten in Höhe von 213.500 EUR im Rahmen des Schuldendienstes gemäß § 7 des Nord-Süd Stadt-
bahnvertrages.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11.5 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2013 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln - Versicherungszweig Freiwillige Versicherung - 3672/2012

Beschluss:

Der Rat stellt den Wirtschaftsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das
Wirtschaftsjahr 2013 im Versicherungszweig der Freiwilligen Versicherung wie folgt
fest:

Erfolgsplan:

	Ansatz 2013 Euro
<u>Erträge und Aufwendungen</u>	
Beiträge und sonstige Erträge	3.795.100
Zulagen	294.200
Erträge aus Kapitalanlagen	1.232.000
Aufwendungen für Versicherungsfälle	././ 303.400
Aufwendungen für Beitragsüberleitungen und -rückgewähr	././ 140.800
Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen	././ 4.146.300
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	././ 84.800
Aufwendungen für Kapitalanlagen	././ 5.600
Versicherungstechnisches Ergebnis	<u>640.400</u>
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	6.200
Jahresüberschuss / Einstellung in die Verlustrücklage	<u>646.600</u>
Bilanzgewinn	0

Vermögensplan:

	Ansatz 2013 Euro
<u>Mittelherkunft</u>	
Tilgung von Wertpapieren	1.000.000
Abschreibungen	0
Jahresüberschuss	646.600
Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen	4.146.300
Mittelverwendung	
Erwerb von Wertpapieren und sonstigen Anlagen	5.792.900

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln.

11.6 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2013 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln - Versicherungszweig Pflichtversicherung - 3674/2012

Beschluss:

Der Rat stellt den Wirtschaftsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013 im Versicherungszweig der Pflichtversicherung wie folgt fest:

Erfolgsplan:

	Ansatz 2013 Euro	
<u>Erträge und Aufwendungen</u>		
Umlagen und sonstige Erträge	74.514.200	
Zusatzbeiträge	40.522.600	
Erträge aus Kapitalanlagen	28.752.000	
Aufwendungen für Versicherungsfälle	./.	90.874.600
Aufwendungen für Beitragsüberleitungen und -rückgewähr	./.	1.418.700
Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen	./.	48.549.300
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	./.	2.425.600
Aufwendungen für Kapitalanlagen	./.	458.600
Versicherungstechnisches Ergebnis		62.000
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	./.	62.000
Jahresüberschuss		0

Vermögensplan:

	Ansatz 2013 Euro
<u>Mittelherkunft</u>	
Tilgung Darlehen Mitglieder	8.811.021
Tilgung von Wertpapieren	16.000.000
Abschreibungen	154.629
Jahresüberschuss / Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen	48.549.300
<u>Mittelverwendung</u>	
Beschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung	146.620
Erwerb von Wertpapieren und sonstigen Anlagen	73.514.950

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**11.7 Stadtwerke Köln GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrags
3799/2012**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 5).

**11.8 Sanierung und akustische Optimierung des Orchesterprobenzentrums
Stolberger Straße inkl. Sanierung der Außenanlagenbeleuchtung und
der Sanierung des Flachdaches über dem Probensaal
3835/2012**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ie Grünen
und der FDP-Fraktion
AN/2031/2012**

Beschlüsse:

**I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:**

1. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt modifiziert:
Ziffer 1 und 2 werden ersetzt durch:

Der Rat beauftragt die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen der Stadt Köln mit der Sanierung des Orchesterprobenraums Stolberger Str.

Zur Erhaltung der baulichen Substanz erfolgt die Sanierung nach Maßgabe der Empfehlungen des Rechnungsprüfungsamtes in seiner Stellungnahme vom 12.10.2012.

Mit dem Ziel einer deutlichen Reduzierung der Gesamtprojektkosten ist der Innenausbau neu zu planen und auf die notwendigen Maßnahmen zu beschränken. Diese Planungen sind den zuständigen Fachausschüssen schnellstmöglich zur Beschlussfassung vorzulegen, um Verzögerungen in der Angelegenheit auszuschließen und Interimskosten zu begrenzen.

2. Die Betriebsleitung wird darüber hinaus beauftragt, nach erfolgreicher Sanierung des Gebäudes die Vermietung der Leerzeiten an Dritte im Orchesterprobenzentrum zu optimieren, um so zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

II. Beschluss über die so geänderte Vorlage:

1. Der Rat beauftragt die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen der Stadt Köln mit der Sanierung des Orchesterprobenraums Stolberger Str.

Zur Erhaltung der baulichen Substanz erfolgt die Sanierung nach Maßgabe der Empfehlungen des Rechnungsprüfungsamtes in seiner Stellungnahme vom 12.10.2012.

Mit dem Ziel einer deutlichen Reduzierung der Gesamtprojektkosten ist der Innenausbau neu zu planen und auf die notwendigen Maßnahmen zu beschränken. Diese Planungen sind den zuständigen Fachausschüssen schnellstmöglich zur Beschlussfassung vorzulegen, um Verzögerungen in der Angelegenheit auszuschließen und Interimskosten zu begrenzen.

2. Die Betriebsleitung wird darüber hinaus beauftragt, nach erfolgreicher Sanierung des Gebäudes die Vermietung der Leerzeiten an Dritte im Orchesterprobenzentrum zu optimieren, um so zusätzliche Einnahmen zu generieren.
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die Interimsunterbringung des Gürzenich-Orchesters die entsprechenden Anmietungen als Geschäfte der laufenden Betriebsführung vorgenommen werden.
4. Die in der Bauphase benötigten Mittel werden in den Wirtschaftsplänen der Bühnen veranschlagt, durch vorgezogene Kreditaufnahmen vorfinanziert und in die endgültige Finanzierung der Maßnahme „Sanierung Orchesterprobenzentrum“ eingerechnet.
5. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Sanierung der Bühnenwerkstätten als letzter Baustein zur Sanierung der Bühnen der Stadt Köln gehört. Für diese Maßnahme wird seit dem Jahr 2009 mit Kosten in Höhe von 9 Mio. Euro gerechnet. Anfang 2011 hat der Rat beschlossen, dass diese Summe reduziert werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

**11.9 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2010 für die Bühnen der Stadt Köln
2920/2012**

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln stellt gem. § 4c der Betriebssatzung der Bühnen der Stadt Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 2 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) den Jahresabschluss zum 31.08.2010 sowie den Lagebericht für das Geschäftsjahr 01.09.2009 bis 31.08.2010 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 30.08.2011 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG fest.
2. Der Bilanzverlust für das Geschäftsjahr vom 01.09.2009 bis 31.08.2010 in Höhe von 6.135.571,75 € wird wie folgt verwendet:
 - Auflösung der Betriebsmittelrücklage in Höhe von 1.154.151,27 €
 - Vortrag auf neue Rechnung in Höhe von 4.981.420,48 €
3. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.
4. Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**11.10 Baubeschluss für die Sanierung des Offenbachplatzes im Rahmen des Projektes Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz und Baubeschluss für die Umgestaltung der umliegenden Straßen
0321/2012**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/1894/2012**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1984/2012**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/2006/2012**

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Der Rat beschließt, folgende Punkte im Rahmen der Beschlussfassung zu berücksichtigen:

- 1) Auf die Umgestaltung der Glockengasse auf Grundlage der vorgestellten Entwurfsplanung ist entsprechend zu verzichten.
- 2) Die im Zuge der Entwurfsplanung vorgeschlagene Platzmöblierung des Offebachplatzes soll nicht im Rahmen der oben angegebenen Beschlussvorlage beschlossen werden. Die Verwaltung soll ein überarbeitetes Konzept ohne feste Möblierung vorlegen.
- 3) Es soll ein entsprechendes Konzept für die Errichtung von Fahrradabstellplätzen festgelegt werden. Die im Bedarfsfall benötigten 70 Abstellanlagen sollen entsprechend platziert werden.
- 4) Der freilaufende Rechtsabbieger von der Glockengasse auf die Tunisstraße soll in den weiteren Planungen weitere Berücksichtigung finden. Ein Entfall ist nicht weiter zu berücksichtigen.
- 5) Es soll überprüft werden, ob der Umfang der Stellplätze, die im Rahmen der Gesamtmaßnahme entfernt werden sollen, reduziert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

II. Beschluss über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Punkt 4. der Beschlussvorlage „Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Offebachplatz grundsätzlich von Veranstaltungen freizuhalten. Wenn Veranstaltungen genehmigt werden, sollen sie möglichst einen Bezug zur Oper und dem Schauspiel haben“ wird ersatzlos gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

III. Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der geänderte Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt modifiziert:

1. Ziffer 1 wird am Ende des zweiten Absatzes wie folgt ergänzt::

(.....) Der Rat folgt dem Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes, die geprüften Kosten auf maximal netto 2,1 Mio. Euro festzuschreiben.

Zugleich beauftragt der Rat die Verwaltung, weitergehende Kosteneinsparungen über mögliche Standardreduzierungen zu erreichen, beispielsweise bei der Auswahl der Platzmöblierung und der gestalterischen Elemente auf der Platzfläche. Die Entscheidung über die Möblierung und gestalterische Ausgestaltung des Platzes mit z.B. Pflanztrögen wird deshalb aus der aktuellen Beschlussfassung ausdrücklich abgekoppelt und zur gesonderten Beschlussfassung vorgelegt. (...)

In diesem Zuge soll die Verwaltung ihre Möglichkeiten ausschöpfen, statt durch eigenes Tun über eine Außengastronomiesatzung für den Offenbachplatz ein einheitliches Erscheinungsbild auf der Platzfläche sicherzustellen.

2. Ziffer 4 des Beschlussvorschlages wird gestrichen.
3. Bei der Gestaltung der Platzoberfläche ist sicherzustellen, dass der Offenbachplatz barrierefrei zu begehen ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

IV. Beschluss über die so geänderte Vorlage:

1. Der Rat beauftragt die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen der Stadt Köln auf der Grundlage der Entwurfsplanung mit der Ausführung der Freianlagen innerhalb des Projekts „Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz“. Hierbei handelt es sich um den Offenbachplatz sowie die Wiederherstellung der an Oper und Schauspiel angrenzenden Gehwegbereiche ohne die Möblierung auf dem Offenbachplatz gemäß Anlage 1.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Objektplaner WES und Partner, Hamburg die Bruttogesamtkosten der Freianlagen auf der Grundlage der Entwurfsplanung mit 2.432.473 € berechnet hat. Das Ergebnis der Kostenberechnung ist vom externen Projektsteuerer geprüft worden, die Einhaltung der Kostenobergrenze wurde bestätigt. Der Rat folgt dem Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes, die geprüften Kosten auf maximal netto 2,1 Mio. Euro festzuschreiben.

Zugleich beauftragt der Rat die Verwaltung, weitergehende Kosteneinsparungen über mögliche Standardreduzierungen zu erreichen, beispielsweise bei der Auswahl der Platzmöblierung und der gestalterischen Elemente auf der Platzfläche. Die Entscheidung über die Möblierung und gestalterische Ausgestaltung des

Platzes mit z.B. Pflanztrögen wird deshalb aus der aktuellen Beschlussfassung ausdrücklich abgekoppelt und zur gesonderten Beschlussfassung vorgelegt.

In diesem Zuge soll die Verwaltung ihre Möglichkeiten ausschöpfen, statt durch eigenes Tun über eine Außengastronomiesatzung für den Offenbachplatz ein einheitliches Erscheinungsbild auf der Platzfläche sicherzustellen.

Die Kosten der Freianlagen sind in den limitierten Bruttobaukosten der Gesamtmaßnahme von 253.000.000 € enthalten, diese werden nicht überschritten.

Die benötigten Mittel für die Freianlagen in Höhe von 2.432.473 € sind innerhalb des Gesamtbudgets von 253.000.000 €, das durch Kreditaufnahmen vorfinanziert wird, in den Wirtschaftsplänen der Bühnen veranschlagt. Kreditaufnahmen werden als Zwischenfinanzierung in die Finanzierung der Gesamtmaßnahme eingerechnet.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung für die Umgestaltung der umliegenden Straßen (Glockengasse, Krebsgasse und Brüderstraße) auf Grundlage der vorgestellten Entwurfsplanung die Ausführungsplanung zu erstellen und nach Sicherstellung der Finanzierung die Maßnahme umzusetzen. Gleichzeitig stellt der Rat den Bedarf zur Umsetzung der vorgenannten Maßnahme fest. Der Rat folgt dem Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes, die geprüften Kosten auf netto 1,25 Mio. Euro festzusetzen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgelegte Straßenplanung im Rahmen einer Anliegerinformationsveranstaltung vorzustellen.
4. Bei der Gestaltung der Platzoberfläche ist sicherzustellen, dass der Offenbachplatz barrierefrei zu begehen ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

11.11 Neues Übergangssystem Schule - Beruf / Kommunale Koordinierung 4179/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt, vorbehaltlich der Zustimmung durch das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales(MAIS) die Einrichtung einer „Kommunalen Koordinierungsstelle Übergang Schule – Beruf“ beim Regionalen Bildungsbüro des Amtes für Schulentwicklung und beauftragt die Verwaltung mit der organisatorischen Umsetzung und der Beantragung der hierfür vom Land bereit gestellten Mittel.

Der Rat beschließt darüber hinaus die Stellenausstattung der Kommunalen Koordinierungsstelle im Umfang von

1,00 Stelle Verwaltungsangestellte/r für die Leitung,
2,00 Stellen Verwaltungsangestellte/r für das Übergangsmanagement,
1,00 Stellen Verwaltungsangestellte/r für die Mitarbeit.

Die Einbringung des kommunalen Eigenanteiles erfolgt aus veranschlagten Mitteln des Teilergebnisplanes 0301 Schulträgermaßnahmen und des Teilergebnisplanes 0604 Kinder- und Jugendarbeit.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11.12 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2011 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 3382/2012

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2011 fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11.13 BioCampus Cologne Grundbesitz GmbH & Co. KG: Betrauung 2842/2012

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln betraut die BioCampus Cologne Grundbesitz GmbH & Co. KG (BCC KG) mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse nach Maßgabe der als Anlage 1 beigefügten Betrauungsregelung.

Der Rat weist die Vertreterin bzw. den Vertreter des Gesellschafters Stadt Köln in den Gesellschafterversammlungen der BCC KG und der BioCampus Cologne Management GmbH an, durch entsprechende Beschlussfassung in der jeweiligen Gesellschafterversammlung die Umsetzung des Betrauungsaktes in der BCC KG sicherzustellen, insbesondere durch Anweisungen an die Geschäftsführung.

Die Verwaltung wird ermächtigt, im Rahmen des Betrauungsaktes laufende Unterstüt-

zungsleistungen für und/oder Eigenkapitalzuführungen in die BCC KG zu erbringen sowie Ausfallbürgschaften zu übernehmen und/oder Patronatserklärungen abzugeben, wobei sich Zahlungen an die Gesellschaft im Rahmen der Haushaltsplanermächtigungen und Ausfallbürgschaften sowie Patronatserklärungen im Rahmen des vom Rat genehmigten Volumens bewegen müssen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**11.14 Sanierung der Zentralbibliothek der Stadtbibliothek Köln
3142/2012**

Beschluss gemäß Alternative 2

Der Rat beschließt die Vergabe eines Planungsauftrags der pflichtigen, synergetischen und weiteren, insbesondere energetischen Sanierungsmaßnahmen (im Folgenden Generalsanierung) der Stadtbibliothek / Zentralbibliothek; der vollständige Planungsauftrag umfasst die Grundlagenermittlung und Vorentwurfsplanung inklusive einer Kostenschätzung und wird voraussichtlich Kosten in Höhe von 281.000 € verursachen. Diese werden vollständig aus dem Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft vorfinanziert; eine Mittelbereitstellung ist derzeit nicht erforderlich.

Eine Übersicht der voraussichtlichen haushaltsmäßigen Auswirkungen, die sich aus den drei unterschiedlichen Planungsaufträgen ergeben, ist in der Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**11.15 Neubau- und Sanierungsprogramm der städtischen Sozialhäuser. Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012
hier: Neubau Buchholzstr. 14, 51061 Köln (Mülheim)
4203/2012**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt bei dem städtischen Wohnungsbauvorhaben Buchholzstr. 14, 51061 Köln, eine weitere Kostenerhöhung um 195.800 € zur Kenntnis. Bereits im Jahr 2011 wurde dem Rat mit Vorlage 4932/2010 eine Kostenerhöhung von

427.000 € zur Kenntnis gegeben, so dass die gesamte Kostensteigerung der vg. Baumaßnahme 622.800 € beträgt.

Die ursprünglich bewilligten Kosten in Höhe von 1.300.000 € erhöhen sich damit auf 1.922.800 €

Die Finanzierung der Mehrkosten in Höhe von 195.800 € erfolgt in 2012 durch Umschichtung innerhalb des Teilfinanzplans 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, aufgrund freier Mittel beim nicht weiter verfolgten Bauvorhaben Kyllburger Str. 1-3.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**11.16 Neubau- und Sanierungsprogramm der städtischen Sozialhäuser. Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012
hier: Neubau Bonner Str. 413, 50968 Köln (Marienburg)
4230/2012**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt bei dem städtischen Wohnungsbauvorhaben Bonner Str. 413, 50968 Köln, eine weitere Kostenerhöhung um 451.000 € zur Kenntnis. Bereits im Jahr 2011 wurde dem Rat mit Vorlage 4932/2010 eine Kostenerhöhung von 285.000 € zur Kenntnis gegeben, so dass die gesamte Kostensteigerung der vg. Baumaßnahme 736.000 € beträgt.

Die ursprünglich bewilligten Kosten in Höhe von 5.600.000 € erhöhen sich damit auf 6.336.000 €

Die Finanzierung der Mehrkosten in Höhe von 451.000 € erfolgt in 2012 durch Umschichtung innerhalb des Teilfinanzplans 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, aufgrund freier Mittel beim nicht weiter verfolgten Bauvorhaben Kyllburger Str. 1-3.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11.17 KölnMusik GmbH
hier: Rückerstattung von Zuschussüberzahlungen aus Vorjahren
4338/2012

Beschluss gemäß Empfehlung des Finanzausschusses aus seiner Sitzung am
17.12.2012:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, der KölnMusik GmbH den Restbetrag der Zuschussüberzahlung aus den Jahren 2008 und 2009 in Höhe von 62.100,82 € zu überlassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11.18 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache Köln Chorweiler
hier: Baubeschluss
3801/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 5).

11.19 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud
der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013
4198/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 5).

11.20 Änderung des Gesellschaftsvertrages der GAG Servicegesellschaft mbH
4289/2012

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Neufassung von § 2 des Gesellschaftsvertrages der GAG Servicegesellschaft mbH in Form der Anlage 1 vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksregierung zu.

Sofern sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht, sowie aus sonstigen Gründen Änderungen am Gesellschaftsvertrag als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich

der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch nicht der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses verändert wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11.21 Maßnahmen gegen Jugendkriminalität 1199/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt zum **Abbau der Jugendkriminalität und Delinquenz** folgende Handlungsfelder mit Gesamtkosten von 729.800 €/Jahr ab dem **01.01.2013** dauerhaft weiterzuführen:

- Befristungsverlängerung der präventiven Schulsozialarbeit
Hierfür werden beim Amt für Schulentwicklung
4 Stellen Dipl. Soz. Arb., Vgr. S 12 bis zum 31.12.2013
zur Verfügung gestellt.
Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 11
(Personalaufwendungen)
- Steuerung und Intervention durch Streetwork
Hierfür werden beim Amt für Kinder, Jugend und Familie
1 Fachstelle für Gewaltprävention Dipl. Soz. Arb. Vgr. S 15 65.700 €
sowie 4 Streetworkerstellen Dipl. Soz. Arb., Vgr. S 11 218.000 €
zur Verfügung gestellt.
Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 11
(Personalaufwendungen)

Sachkostenpauschale Fachstelle Gewaltprävention/Streetwork 12.800 €

Für 2 weitere Stellen erhält die Arbeiterwohlfahrt im Kreisverband
Köln einen Zuschuss in Höhe von 114.400 €
Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15
(Transferaufwendungen)
- Aufnehmendes Suchtclearing
Hierfür werden beim Gesundheitsamt 1 Stelle Dipl. Soz. Arb.,
Vgr. S11 zur Verfügung gestellt. 54.500 €
Teilergebnisplan 0701, Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 11
(Personalaufwendungen)

Sachkostenpauschale Aufnehmendes Suchtclearing 12.800 €

- | | |
|--|------------------|
| 2 Stellen werden für die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen bei der Drogenhilfe Köln gGmbH und dem Sozialdienst Katholischer Männer e.V. gefördert. | 121.100 € |
| Teilergebnisplan 0701, Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) | |
| | |
| • Darüber hinaus erhält die Brücke e.V. Zuschussmittel für eine weitere Stelle. | 51.300 € |
| Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) | |
| | |
| • Mitternachtssport | |
| Für gewaltpräventive Sportangebote erhält der Stadtsportbund e.V. und die Sportjugend Köln Projektmittel in Höhe von | 79.200 € |
| Teilergebnisplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) | |
| Gesamt: | 729.800 € |

Die Finanzierung der vorgenannten Maßnahmen erfolgt bezüglich der notwendigen Zuschuss- und Projektmittel aus bereits zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln der Teilergebnispläne 0604, Kinder- und Jugendarbeit, 0701, Gesundheitsdienste und 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten. Die mittelfristige Finanzplanung im Rahmen des Hpl-Entwurfs 2012 sieht für die Jahre 2013-2015 entsprechende Ansätze bereits vor. Die zur Umsetzung erforderlichen Stellen werden jährlich im Zuge des Stellenplans berücksichtigt.

Die Finanzierung der Schulsozialarbeit ist bis zum 31.12.2013 über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) sichergestellt. Eine Beschlussfassung über die Weiterverlängerung der Schulsozialarbeit wird nach Auslaufen der Refinanzierung über eine gesonderte Vorlage zum Haushaltsjahr 2014 getroffen. Daher wird aktuell ausschließlich eine Befristungsverlängerung der vier Stellen Schulsozialarbeit bis zum 31.12.2013 (Ende der Refinanzierung) beantragt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

11.22 Sanierung der städtischen Wohnhäuser Auf dem Ginsterberg 6-34, 50737 Köln (Weidenpesch) zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge 0999/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Planung zur Sanierung der 15 Häuser der städtischen Wohnanlage Auf dem Ginsterberg 6-34, 50737 Köln (Weidenpesch), zur Sicherstellung der städtischen Unterbringungsverpflichtung mit hoher Priorität umzusetzen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, ein Architekturbüro gemäß HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) - Leistungsphase 2 bis 3 für die Objektplanung und Leistungsphasen 1 bis 3 für die übrigen Fachplaner (Vermessungsingenieur, Statiker, Bauphysik) zu beauftragen.

Die voraussichtlichen Planungskosten belaufen sich auf rund 161.000 € brutto.

Die zur Deckung der Planungskosten erforderlichen Mittel werden im Haushaltsplanentwurf 2013/1014 für das Haushaltsjahr 2013 berücksichtigt

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

11.23 Rheinboulevard - Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard hier: Baubeschluss 2. Bauabschnitt/Ufertreppe 4191/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bau der Ufertreppe des Rheinboulevards mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 11,5 Mio. €

Er beschließt für die Ausbaukosten eine Teilfreigabe von investiven Auszahlungs-ermächtigungen in Höhe von 2.153.389 € im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, bei Finanzstelle 6700-1301-1-9730 / Regionale 2010 – Rheinboulevard, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2012.

Die Freigabe erfolgt gem. § 82 GO NW (Fortführungsmaßnahme und förderrechtliche Verpflichtung).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

11.24 Förderung des Zentrums Magnet - Deutsch-Russisches Kultur- und Integrationszentrum e.V. aus Restmitteln in 2012 3603/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt vorbehaltlich der Freigabe der Mittel aus der Kulturförderabgabe durch den Fachausschuss und den Finanzausschuss (siehe Vorlagen-Nummer 3369/2012) und vorbehaltlich der Entscheidung über die Verwendung der Haushaltsmittel 2012 (siehe Vorlagen-Nr. 2579/2012) die Teilförderung des Zentrums Magnet – Deutsch-russisches Kultur- und Integrationszentrum e.V. in Höhe von 4.000 € nicht verwendeter Zentrenmittel.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

11.25 Neubau eines Funktionalgebäudes am Schulzentrum Porz-Wahn, Albert-Schweitzer-Str. / Nachtigallenstraße Baubeschluss 3333/2012

Beschlüsse:

I. Beschluss über die Verwaltungsvorlage:

Der Rat der Stadt Köln genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für den Neubau eines Funktionalgebäudes am Schulzentrum Porz-Wahn, Albert-Schweitzer-Straße / Nachtigallenstraße nach „Kölner Standard“ mit Gesamtkosten in Höhe von 587.500 € brutto für das Funktionsgebäude sowie 75.100 € brutto für den Maschinenunterstellplatz und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

II. Beschluss über den alternativen Verwaltungsvorschlag:

Der Rat verzichtet auf eine Ausführung im „Kölner Standard“ zugunsten einer Ausführung nach EnEV 2009 und genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für den Neubau eines Funktionalgebäudes am Schulzentrum Porz-Wahn, Albert-Schweitzer-Straße / Nachtigallenstraße mit Gesamtkosten in Höhe von 583.500 € brutto für das

Funktionsgebäude sowie 75.100 € brutto für den Maschinenunterstellplatz und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**11.26 Aufnahme dreier neuer Schulen in den Verbund Kölner Europäischer Grundschulen
3695/2012**

Beschluss:

Der Rat beschließt in Anlehnung an seine Beschlüsse vom 14.11.2006 und vom 10.09.2009 folgenden drei Schulen den Titel „Kölner Europäische Grundschule“ zu verleihen und sie in den „Verbund Kölner Europäischer Grundschulen aufzunehmen:

GGs Geilenkircher Straße
Katholische Offene Ganztagsgrundschule Trierer Straße
Förderschule Sprache Ossietzkystraße

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**11.27 Einführung des offenen Ganztags an der Grundschule Mommsenstr. 5-11 zum Schuljahr 2013/2014
3793/2012**

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die Einführung des offenen Ganztags (§ 9 Abs. 3 SchulG) an der gem. Beschluss vom 28.06.2012 neu zu errichtenden Grundschule am Standort Mommsenstr. 5-11, 50935 Köln-Sülz, zum Schuljahr 2013/2014, mit der Maßgabe, dass die Landesmittel zur Förderung der außerunterrichtlichen Angebote bereit gestellt werden und die Schulkonferenz sich für den offenen Ganztags ausspricht.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung der Zuwendungen an den Träger, vorbehaltlich der Gewährung von Landeszuschüssen, im Rahmen des am

28.06.2012 beschlossenen gesamtstädtischen Kontingents von 24.000 Plätzen bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11.28 Errichtung eines Wohnhauses in Systembauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1a, 50859 Köln (Weiden) 3401/2012

Beschluss gemäß Empfehlungen des Ausschusses Soziales und Senioren aus seiner Sitzung am 29.11.2012 und des Bauausschusses aus seiner Sitzung am 10.12.2012:

Der Rat beschließt, die Planung zur Bebauung des städtischen Grundstückes Potsdamer Str. 1a, 50859 Köln (Weiden) mit einem Wohngebäude in Fertigbauweise zur Sicherstellung der städtischen Unterbringungsverpflichtung mit hoher Priorität umzusetzen.

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln mit den Vorplanungen (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung, Kostenberechnung nach DIN) auf der Basis der HOAI – Gebührenordnung - Leistungsphasen eins bis vier, Mindestsatz- zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen von Architekten und Fachingenieuren (Statiker, Vermesser, Bodengutachter, Schadstoffgutachter etc.) einzuholen.

Die Belegung des Hauses Potsdamer Straße 1a liegt bei 70 Personen. Die Obergrenze der Belegung für die Häuser Potsdamer Straße 1a und 1b liegt bei maximal 140 Personen.

In den Häusern erfolgt keine Erstaufnahme.

Die Belange des sozialen Umfeldes werden berücksichtigt. So steht den Anwohnerinnen und Anwohnern ein Ansprechpartner in der Verwaltung zu Verfügung. Durch ausreichendes Personal (Heimleiter, Sozialarbeiter, Hausmeister, Bewachungsdienst etc.) wird eine effiziente Betreuung und Begleitung von Bewohnern und Anwohnern gewährleistet.

Die voraussichtlichen Planungskosten belaufen sich auf rd. 180.000 €.

Im Haushaltsjahr 2012 stehen im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, bei der Finanzstelle 5620-1004-3-5121 – Potsdamer Str. 1a, ausreichende Mittel zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**11.29 Errichtung eines Wohnhauses in Systembauweise auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 10, 50997 Köln (Godorf).
3407/2012**

Beschluss gemäß Empfehlungen des Ausschusses Soziales und Senioren aus seiner Sitzung am 29.11.2012 und des Bauausschusses aus seiner Sitzung am 10.12.2012:

Der Rat beschließt, die Planung zur Bebauung des städtischen Grundstückes Kuckucksweg 10, 50997 Köln (Godorf) mit einem Wohngebäude in Fertigbauweise bzw. Systembauweise zur Sicherstellung der städtischen Unterbringungsverpflichtung mit hoher Priorität umzusetzen.

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln mit den Vorplanungen (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung, Kostenberechnung nach DIN) auf der Basis der HOAI – Gebührenordnung - Leistungsphasen eins bis vier, Mindestsatz- zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen von Architekten und Fachingenieuren (Statiker, Vermesser, Bodengutachter, Schadstoffgutachter etc.) einzuholen.

Die Obergrenze der Belegung für die Häuser Kuckucksweg 8 bis 10 liegt bei jeweils maximal 70 Personen pro Haus.

In den Häusern erfolgt keine Erstaufnahme.

Die Belange des sozialen Umfeldes werden berücksichtigt. So steht den Anwohnerinnen und Anwohnern ein Ansprechpartner in der Verwaltung zu Verfügung. Durch ausreichendes Personal (Heimleiter, Sozialarbeiter, Hausmeister, Bewachungsdienst etc.) wird eine effiziente Betreuung und Begleitung von Bewohnern und Anwohnern gewährleistet.

Die voraussichtlichen Planungskosten belaufen sich auf rd. 180.000 €.

Im Haushaltsjahr 2012 stehen im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, bei der Finanzstelle 5620-1004-2-5120 – Kuckucksweg 10 - ausreichende Mittel zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

11.30 VRS-SozialTicket: Köln-spezifischer Preis für das MonatsTicket 3729/2012

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/2020/2012

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

Die Beschlussvorlage 3729/2012 soll wie folgt geändert werden:

1. Im Beschlusstext, Zeile 2, wird die Formulierung
... „ab dem 01.01.2013 auf 33 € festzusetzen.“
durch die Formulierung
... „auch nach dem 01.01. 2013 das Mobilitätsticket weiterhin für 31,80 € anzubieten.“
ersetzt.

In der vierten Zeile wird der Betrag von 33,00 € in 31,80 € abgeändert.

Danach schließen sich als weitere Beschlüsse an:

2. Auf den Preisanstieg von 0,20 € beim Viererticket 1b ist ebenfalls zu verzichten.
(Siehe Tabelle Seite 3 der Beschlussvorlage)
3. Das Preisniveau für das Kölnpassticket ist in den nächsten Jahren stabil zu halten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) **abgelehnt**.

II. Beschluss über die Verwaltungsvorlage:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, den Preis für das MonatsTicket MobilPass ausschließlich für das Stadtgebiet Köln (Preisstufe 1b) ab dem 01.01.2013 auf 33,00 € festzusetzen. Die sich aus der Preisdifferenz zum VRS-MonatsTicket MobilPass (Preisstufe 1b) ergebenden, nicht realisierten Verkaufserlöse (Differenz zwischen 35,80 € und 33,00 €) der Kölner Verkehrs-Betriebe AG sind vor dem Hintergrund der steuerrechtlichen und EU-beihilferechtlichen Anforderungen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln **zugestimmt**.

**11.31 Finanzierung der beiden autonomen Frauenhäuser des Vereines "Frauen helfen Frauen e.V."
3796/2012**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt ab 2013 die institutionelle Förderung von zwei autonomen Frauenhäusern des Vereins "Frauen helfen Frauen e. V." einzustellen und statt dessen die Erstattung der Personal- und Sachkosten für den Betrieb der Frauenhäuser einschließlich der nachgehenden Beratung der ehemaligen Bewohnerinnen auf der Basis einer individuellen Einzelfallhilfe vorzunehmen.

Die anerkennungsfähigen Personal- und Sachkosten ergeben sich aus dem als Anlage beigefügten Kostenplan.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**11.32 Beteiligung des Landschaftsverbandes Rheinland an Archäologischer Zone/Jüdischem Museum
4468/2012**

Beschluss:

Der Rat stimmt folgendem mit dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) abgestimmten Vorschlag zur Umsetzung der mit Beschlüssen des Rates vom 15.11.2012 und des Landschaftsausschusses vom 23.11.2012 angebotenen und begrüßten Beteiligung des LVR an der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum zu:

1. Die Verwaltung stellt dem LVR unverzüglich den aktuellen Sachstand des Projekts (Bestandsaufnahme: Bau, Grabung, Konzept, Zeit-Maßnahmen-Plan, Verträge) dar.
2. Auf der Grundlage der Bestandsaufnahme lädt der LVR für Januar zu einem Workshop mit allen planungsbeteiligten Dienststellen der Stadt Köln und des LVR ein. Dort werden die Arbeitsgruppen zur Prüfung und Konkretisierung der im Beschluss des Landschaftsausschusses vom 23.11.2012 formulierten Beteiligungsvoraussetzungen und zum Entwurf der notwendigen vertraglichen Regelungen festgelegt.
3. Die Prüfungsergebnisse und darauf fußende Vertragsentwürfe werden dem Rat und dem zuständigen Beschlussorgan des LVR vor der Sommerpause 2013 zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Verwaltung wird den Ausschuss Kunst und Kultur regelmäßig über den Fortgang der Verhandlungen unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

11.33 Energetische Sanierung und Erweiterung der Kita Kalk-Mülheimer Str. 216, Köln-Kalk Baubeschluss 3504/2012

Beschluss

Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für die energetische Sanierung und Erweiterung der Kita Kalk-Mülheimer Str. 216 in Köln-Kalk mit Gesamtbaukosten inkl. Auslagerung in Temporärbauten (Container) in Höhe von 3.189.600 € und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11.34 Wertgrenzen für öffentliche Aufträge 2013 - Übergangsregelung - TVgG - Binnenmarktrelevanz 4566/2012

Beschluss:

1. Die Wertgrenzen für die Vergabe öffentlicher Aufträge nach den Festlegungen zur Beschleunigung des kommunalen Vergabeverfahrens, die mit Beschluss des Rates vom 26.03.2009 unter TOP 9.26 getroffen wurden, gelten – vorbehaltlich einer entsprechenden Entscheidung des Landes – bis zum 30.04.2013 fort.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW, ein neues Konzept zu den städtischen Wertgrenzen zu entwickeln. Neben den rechtlichen Vorgaben sind hierbei die wirtschaftlichen Vorteile eines möglichst breiten Wettbewerbs sowie eine Verfahrensbeschleunigung durch die e-Vergabe zu berücksichtigen. Dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales (AVR) ist eine entsprechende Beschlussvorlage bis zur Sitzung am 19.03.2013 zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

12 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

- 12.1 182. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 4, Köln-Ehrenfeld**
Arbeitstitel: Widdersdorfer Straße in Köln-Ehrenfeld
hier: Feststellungsbeschluss
3450/2012

Beschluss:

Der Rat

1. stellt fest, dass gegen die 182. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) von den Trägern öffentlicher Belange sowie Bürgern keine FNP-relevanten Anregungen vorgebracht wurden;
2. stellt die 182. Änderung des FNP —Arbeitstitel: Widdersdorfer Straße in Köln-Ehrenfeld— mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch als Anlage beigefügten Begründung und Umweltbericht fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

- 13.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7344/01**
Arbeitstitel: "Stadtteilzentrum Ostheim" in Köln-Ostheim
3862/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan 7344/01 für das Gebiet umfassend die Grundstücke Zehnthofstraße 2 und 4 mit den Gebäuden bis Frankfurter Straße 705, Frankfurter Straße 664 bis 716 einschließlich, Bruchsaler Straße 22, Rösrather Straße 2 bis 89 einschließlich, Hardtgenbuscher Kirchweg 127 und den Kreuzungsbereich Rösrather Straße, Servatiusstraße, Werntgenstraße und Pfarrer-Krautwig-Straße in Köln-Ostheim —Arbeitstitel: "Stadtteilzentrum Ostheim" in Köln-Ostheim— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fas-

sung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) — jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

13.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 69450/10 Arbeitstitel: "Deutzer Feld" in Köln-Kalk 3736/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 69450/10 für das Gebiet zwischen den erhöht liegenden Bahnanlagen im Nordwesten und Südwesten, dem Walter-Pauli-Ring und dem westlich der Straße des 17. Juni gelegenen Baugebiet im Osten und der das Plangebiet im Norden begrenzenden Bahnflächen — Arbeitstitel: "Deutzer Feld" in Köln-Kalk— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;
2. den Bebauungsplan 69450/10 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung. Der Geltungsbereich erstreckt sich über die Flurstücke 793, 847, 848, 862, 863, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 882, 883, 948, 947 der Gemarkung Deutz, Flur 33 und teilweise über Flurstück 389 der Gemarkung Kalk, Flur 21 und teilweise über Flurstück 961 Gemarkung Deutz, Flur 33.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

13.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67458/07 Arbeitstitel: Brandenburger Straße Teilbereich A in Köln-Altstadt/Nord 4163/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nummer 67458/07 für das Gebiet zwischen Brandenburger Straße, Domstraße, Altenberger Straße und Johannisstraße sowie für den Bereich Johannisstraße 43 bis 47 und Breslauer Platz 2 (Flurstücke 575, 576, 460, 461, 462, 463, Gemarkung Köln, Flur 28) in Köln-Altstadt/Nord –Arbeitstitel: Brandenburger Straße in Köln-Altstadt/Nord– abgegebene Stellungnahmen gemäß Anlage 3;
2. den Geltungsbereich des Bebauungsplan-Entwurfes Nummer 67458/07 – Arbeitstitel: Brandenburger Straße in Köln-Altstadt/Nord– in Teilbereich A und Teilbereich B gemäß Anlage 1 aufzuteilen;
3. den Bebauungsplan Nummer 67458/07 –Arbeitstitel: Brandenburger Straße Teilbereich A in Köln-Altstadt/Nord– für das Gebiet zwischen Brandenburger Straße, Domstraße, Altenberger Straße und Johannisstraße mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) –jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung– als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung;
4. das Bebauungsplanverfahren für Teilbereich B entsprechend dem Abwägungsvorschlag in Anlage 3, Nummer 3 und Nummer 4, als separates Verfahren fortzuführen;
5. die Teilaufhebung des unterliegenden Durchführungsplanes A Nummer 6644 Nb 1/03 (67457/03) für das Gebiet zwischen Brandenburger Straße, Johannisstraße, Altenberger Straße, Maximinenstraße und Domstraße –Arbeitstitel: Baublock zwischen Jakordenstraße, Johannisstraße, Brandenburger Straße und Domstraße in Köln-Altstadt/Nord–, der im Bereich des Planungsgebietes keinen qualifizierten Bebauungsplan, sondern einen Fluchtlinienplan darstellt, als Satzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

14 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

15 Erlass von Veränderungssperren

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

16 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16.1 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung der Domumgebung; hier: Auftrag zur Entwurfsplanung - Planungsbeschluss 4201/2012

**Beschluss gemäß Empfehlungen des Verkehrsausschusses aus seiner Sitzung
am 04.12.2012 und des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner Sitzung am
13.12.2012:**

Der Rat beschließt,

1. kurzfristig auf der Grundlage der vom Architekturbüro Allmann, Sattler und Wappner im Rahmen der Erarbeitung des Gesamtkonzeptes für die Domumgebung bislang vorgelegten Planungsstudien die weitere Entwurfsplanung für den Bauabschnitt 2 (Bereich Trankgasse) zu erarbeiten. Ziel ist es, die notwendigen Abriss- und Rohbaumaßnahmen zusammen mit den Leistungen für Bauabschnitt 1 auszuschreiben. Diese Ausschreibung ist für Frühjahr 2013 geplant;

Zur Finanzierung der benötigten Mittel in Höhe von 138.375 Euro beschließt der Rat für das Jahr 2012 die Bereitstellung und Freigabe einer außerplanmäßigen Auszahlung in gleicher Höhe im Teilfinanzplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei neuer Finanzstelle 6901-1202-1-0510 Domumgebung II BA. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan sowie gleicher Teilplanzeile bei Finanzstelle 6901-1202-1-0500 Umgestaltung Dionysoshof (I BA).

2. die im Bauabschnitt 2 angedachten baulichen Änderungen für den Domtreppentunnel zurückzustellen;
3. die Entwurfsplanung inklusive Kostenberechnung in Form eines Dringlichkeitsbeschlusses zeitnah vorzulegen, damit eine gemeinsame Ausschreibung mit Gewerken des Bauabschnitts 1 erreicht werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

17 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

18 Wahlen

18.1 Neuwahl eines ordentlichen Mitgliedes als Vertreter der Stadt Köln in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebietes Stöck- heimer Hof 4089/2012

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Wolfgang Büscher als Nachfolger für Herrn Bernd Streitberger und entsendet ihn als ordentliches Mitglied in die Bezirksversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Stöckheimer Hof.

Die Wahl gilt für die dafür in der Satzung vorgesehene Zeit und für die laufende Wahlzeit des Rates, jedoch höchstens für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat bzw. zur Verwaltung der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

18.2 Antrag der SPD-Fraktion hier: Wahl einer Sachkundigen Einwohnerin in den Jugendhilfeaus- schuss AN/1852/2012

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der SPD-Fraktion

Frau Zeynep Alraqeb, Rotterdamer Str. 31, 50735 Köln,

zur Sachkundigen Einwohnerin des Jugendhilfeausschusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**18.3 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
4368/2012**

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis, dass die Bundesagentur für Arbeit Köln

Herrn Christopher Meier

als beratendes Pflichtmitglied in den Jugendhilfeausschuss bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**18.4 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
hier: Nachbenennung von zwei Abgeordneten der Stadt Köln
4430/2012**

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe hierzu auch Ziffer VIII – Seite 7).

**18.5 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl eines Mitglieds für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Köln
AN/1937/2012**

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der SPD-Fraktion

Frau Monika Möller, Elsdorfer Gasse 22, 51143 Köln

an Stelle von Frau Polina Frebel zum Mitglied des Beirates der Justizvollzugsanstalt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**18.6 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Namentliche Benennung eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
AN/1967/2012**

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis davon, dass die SPD-Fraktion

Frau Dagmar Paffen

an Stelle von Herrn Franz Philippi als 2. Stellvertreterin für den Vorsitz im Ausschuss für Schule und Weiterbildung vorschlägt.

**18.7 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines Mitglieds mit beratender Stimme für den Verkehrsausschuss
AN/1981/2012**

Beschluss:

Der Rat benennt anstelle von Franz-Albert Krämer, der aus Köln verzogen ist, für den Rest der aktuellen Wahlperiode Michael Weisenstein als Sachkundigen Einwohner mit beratender Stimme im Verkehrsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

18.8 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Wahl eines Sachkundigen Bürgers in den Ausschuss für Soziales und Senioren
AN/2017/2012

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der CDU-Fraktion

Herrn Michael Plückthun (Koburger Str. 91, 51103 Köln)

als Sachkundigen Bürger für den Ausschuss für Soziales und Senioren - anstelle von Herrn Peter Krücker.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

18.9 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Wahl eines Mitglieds für die RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf/Wissenschaft
AN/2023/2012

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der FDP-Fraktion

Frau Sylvia Laufenberg, Mainstraße 29, 51149 Köln

- an Stelle von Frau Yvonne Gebauer - zum Mitglied der RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf/Wissenschaft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

18.10 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Namentliche Benennung eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
AN/2024/2012

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis davon, dass die FDP-Fraktion

Herrn Franz Philippi

- an Stelle von Frau Yvonne Gebauer - als 1. Stellvertreter für den Vorsitz im Ausschuss für Schule und Weiterbildung vorschlägt.

19 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**19.1 Delegiertenversammlung 2012 der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 20./21. November 2012 in Bonn
4192/2012**

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes:

Der Rat entsendet die folgenden drei Ratsmitglieder als Delegierte zur Delegiertenversammlung 2012 der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 20./21. November 2012 in Bonn:

1. Frau Bürgermeisterin Spizig
2. Frau Gärtner
3. Frau Laufenberg

und überträgt Frau Bürgermeisterin Spizig vier Stimmrechte und jeweils zwei Stimmrechte auf Frau Gärtner und Frau Laufenberg.

Köln, den 19.11.2012

gez. Jürgen Roters
Oberbürgermeister

gez. Jörg Frank
Ratsmitglied

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

gez. Jürgen Roters
Oberbürgermeister

gez. Petra Kramp
Schriftführerin

gez. Elfi Scho-Antwerpes
Bürgermeisterin
Haushaltsrede des Oberbürgermeisters
und ab Punkt 7.1.1 bis Sitzungsende

gez. Petra Maria Müller
stellvertretende Schriftführerin
vor Eintritt in die Tagesordnung
und Haushaltsreden